



BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 28 / 7. Juli 2021



Schnelle Auflösung des gewaltigen Terminstaus ist nicht in Sicht

Bürgerämter endlich erneuern!

Steglitz-Zehlendorf. Die Bürgerämter im Bezirk müssen nach Ansicht der CDU-Fraktion gründlich erneuert werden, um ordentlich zu funktionieren. Das geht nur, wenn sich für deren Dienstleistungen künftig jemand verantwortlich fühle, sagte Bezirksverordneter Bernhard Lücke zur Erläuterung seiner Großen Anfrage in der BVV.

Darin hatte er gefragt, ob Bürger über die Rufnummer 115 oder im Internet ausreichende Termine für Dienstleistungen in den Bürgerämtern bekämen. „Wie groß sind die Rückstände berlinweit, die durch diese unzureichenden Termine entstanden sind?“, fragte Lücke. Seit Jahren hagelt es Kritik an der Arbeit der Behörde, die für Bürger das Gesicht des Bezirksamtes ist. Lückes Fragen betreffen praktische Erfahrungen, die jeder einmal gemacht hat: „Werden weiterhin Notfälle bedient und wer legt diese fest? Wie werden derzeit Termine vergeben? Wieviele Termine sind bereits verfallen? Gibt es eine Spontansprechstunde?“

Der Notfall wird zum Normalfall

„Welchen Rat gibt der zuständige Stadtrat Michael Karnetzki (SPD) Bürgern, die dringend Ausweispapiere benötigen?“, wollte Lücke wissen. Hinweise der Verwaltung zu Bürgeranliegen seien unzureichend oder verwirrend. Ein Grund für das Versagen der Ämter sieht Lücke darin, daß sich offenbar niemand verantwortlich fühle: „Der Senat teilt sich die Zuständigkeit mit zwölf Bezirken. Lösungen erwartet man immer bei den anderen“, beschrieb Lücke die Lage.

Bei Anmeldung eines Wohnsitzes innerhalb von 14 Tagen (wie vor-



Ob über die Behördennummer 115 oder online auf berlin.de: Wer einen Termin im Bürgeramt buchen will, wird verzweifeln. Foto: M. A. Schmidt

geschrieben) soll laut Behörde bereits die Bestätigung eines gebuchten Termins als Nachweis für die Fristenhaltung gelten. „Sie begehen keine Ordnungswidrigkeit, wenn Ihr Anliegen erst nach Fristüberschreitung bearbeitet wird“, heißt es auf der offiziellen Seite der Verwaltung. Was sei das, so fragt Lücke, denn anderes als eine Bankrotterklärung?

„Für Leistungen vom Bürgeramt braucht man Geduld und viel Glück“, schlußfolgert der CDU-Politiker. Lücke prangert dabei auch die Defizite der Verwaltung bei der Digitalisierung an, die indes kein Problem des Bezirks, sondern ein Gesamtberliner Problem seien. 250.000 unerledigte Termine, und keine Auflösung des Terminstaus bei den Bürgerämtern in Sicht, so der Bezirksverordnete. Wer sich bereits im April um einen Termin

gekümmert habe, um einen Reisepaß zu beantragen, der sei bis Mitte Juni dennoch nicht bedient worden. Da waren die Ferien bereits angebrochen.

Ein Bürgeramtstermin ist keine Audienz beim Papst

Die Berlin-PR verkündet auf ihrer Website: „Berlin wächst und damit auch die Anforderungen an die Verwaltung. Die Bürgerämter wurden auf diese Herausforderung vorbereitet. Damit soll die Vorgabe erreicht werden, jedem Kunden bei Bedarf innerhalb von 14 Tagen einen Termin im Bürgeramt zu vermitteln.“ „Ich finde, zwei dieser drei Sätze sollte man dringend überarbeiten“, hält Lücke dagegen. Stimmen tue nur der erste.

Für den Notfall (etwa wegen abgelaufener Dokumente), empfiehlt die Verwaltung, in eines der Bürger-

ämter zu gehen und dort den Notfall am Informationstresen anzuzeigen. Es werde dann vor Ort nach einer Lösung des Problems gesucht. Lücke fühlt sich dadurch an die Post-Schalter der 60er- oder 70er-Jahre erinnert. Ganz zu schweigen von den verzweifelt Anrufen derjenigen, die nicht „online“ und daher auf das Telefon angewiesen sind.

Jetzt kündigte Innensenator Andreas Geisel ein „Bündel von Maßnahmen“ an, dann rudert er zurück, eine spürbare Entlastung werde es nicht geben. Und schließlich verärgern die Verantwortlichen auch noch die Beschäftigten. Da wird eine Prämie versprochen, aber gleichzeitig ist die Rede von Urlaubssperre, Anordnung von Mehrarbeit, Stopp von Weiterbildung, Abordnung aus anderen Behörden oder Schichtarbeit. Man könnte Sonderurlaub, Sondervergütungen anbieten, freiwillige Wechsel zwischen den Ämtern anregen, mehr Räume zur Verfügung stellen, damit die wegen mangelnden Abständen noch im Homeoffice befindlichen Beschäftigten wieder in den Kundenverkehr kommen können. Lücke: „Dadurch, daß das Versagen auf die ganze Stadt verteilt wird, merken die Bürger nicht, ob ihr zuständiges Bezirksamt seiner Verantwortung für die Dienstleistung am Bürger gerecht wird.“

Mit einer effizienten, zielführenden Digitalisierung müßten die immer wieder scheiternden Bürgerämter eigentlich überflüssig sein. „Wenn die Bürgerverwaltung so schlecht geführt wird wie bei uns, riskiert der Staat seine Legitimität. Einen solchen Schaden heilen wir dann nicht mehr.“ Soweit dürfe es nicht kommen, erklärte Lücke.

Liebe Leser,



am 26. September finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Gleichzeitig werden die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen und auch der Deutsche Bundestag neu gewählt. Die fünfjährige Wahlperiode ist fast vorüber – Zeit, eine Bilanz zu ziehen.

Niemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg hat eine weltweite Bedrohung das gesellschaftliche Leben auch bei uns so durcheinandergewirbelt wie die anhaltende Pandemie. Ja, das Corona-Virus ist noch da und wird wohl auf absehbare Zeit wohl nicht mehr verschwinden. Stattdessen kommt es in immer neuen „Varianten“ zurück und löst neue Wellen aus. Die Politiker haben diese Krise erst mal nicht zu verantworten. Das Virus hat alle betroffen, alle Nationen und Menschen aller Gesellschaftsschichten. Die Beschränkungen der Freizügigkeit – so unangenehm sie waren – haben sich ausgezahlt. Übertreibungen und ungerechtfertigte Maßnahmen der Regierungen in Bund und Ländern wurden korrigiert und werden als Erfahrung für die möglichen nächsten „Wellen“ in künftige Entscheidungen einfließen.

Die Bilanz der Landesregierung ist desaströs. Fast alles, was der Senat seit Dezember 2016 anfaßte, mußte rasch korrigiert werden oder scheiterte an Gerichten. Schon die ersten Personalentscheidungen durch die Koalitionspartner wurden von der Vergangenheit eingeholt. Mitunter fragten sich Beobachter, ob SPD, Grüne und Linke es nur darauf anlegten, die Rechtsordnung zu strapazieren.

Oder war es etwa nur laienhaft, ein Landesgesetz zur Deckelung von Mietzinsen zu verabschieden, das natürlich (wegen Unzuständigkeit) vor den Verfassungsrichtern keinen Bestand hatte. Dagegen handelte unsere Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski klüger, als sie vor zwei Jahren mit der „Deutschen Wohnen SE“ eine Kooperation über „sozialverträgliche Modernisierungen“ vereinbarte. Am dümmsten wäre ein Volksentscheid über die Verstaatlichung der Gesellschaft. Diese müßte Berlin mit fast 30 Milliarden Euro entschädigen – Geld, das besser im Wohnungsneubau angelegt wird.

Scheitern mußte der Senat auch mit dem Vorhaben, innerhalb kurzer Zeit Autos aus dem Stadtbild zu verdrängen, ohne daß es dafür angemessenen Ersatz gäbe. So wird die „Wende“ in der Verkehrspolitik zu einer Halse.

Und leider hat der rot-rot-grüne Senat auch in Steglitz-Zehlendorf Schlimmes angerichtet und Gutes verhindert. Als Stichwörter seien hier nur Heckeshorn genannt oder der Osteweg 53. Wo Bürgermeisterin Richter-Kotowski Probleme lösen wollte, durchkreuzten die Ideologen des Senats die pragmatischen Lösungen des Bezirks.

Ich wünsche Ihnen schöne Ferien.
Ihr Martinus A. Schmidt



Ehrung der Opfer des DDR-Aufstands

Gedenken an den 17. Juni 1953

Zehlendorf. Alljährlich am 17. Juni gedenken Mandatsträger und Vertreter der demokratischen Parteien – wie hier am Holzkreuz über der Avus in Zehlendorf – der zahlreichen Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Beim Generalstreik 1953, der in einen Volksaufstand mündete, starben mehr als 50 Menschen durch ostdeutsche und sowjetische Si-

cherheitskräfte, bis zu 15.000 wurden verhaftet, Tausende zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Wahrheit über die Ereignisse durften die DDR-Bürger erst 1990 erfahren. Seit den 90er-Jahren ehren Bürgermeister und Parlamentarier von Steglitz-Zehlendorf gemeinsam mit Kommunalpolitikern aus Teltow und Kleinmachnow die Opfer der kommunistischen Diktatur – so auch in diesem Jahr, am 68. Jahrestag der Ereignisse. Foto: Ralf Fröhlich

Bezirksverordneter Jens Kronhagel


Durch vom Senat geplante Radspuren auf der Kaiser-Wilhelm-Straße sollen künftig mehrere hundert Parkplätze ersatzlos wegfallen. Foto: M. A. Schmidt

Parkplätze in der Kaiser-Wilhelm-Straße durch Radwege gefährdet

Lankwitz. Die Senatsverwaltung für Verkehr will in der Kaiser-Wilhelm-Straße Fahrradspuren anlegen.

Von Lankwitz-Kirche bis zum Teltowkanal seien nach Auskunft der für Verkehr zuständigen Bezirksstadträtin Maren Schellenberg (Grüne) Radverkehrsanlagen angeordnet worden, teilte Schellenberg in der Juni-Sitzung der BVV mit. Nach Ansicht der CDU-Frakti-

kehrsexperten in der BVV Steglitz-Zehlendorf so offenbar Fakten geschaffen werden. Damit würden fast alle Parkplätze vor den Wohnhäusern und Geschäften verschwinden, dies wären mehrere hundert, so die Befürchtung. Die Verkehrssenatorin leiste der von ihr propagierten sogenannten „Verkehrswende“ erneut einen Bärendienst, meint Kronhagel, wenn sie ihre politischen Ziele im Hau-Ruck-Verfahren ohne Beteiligung der Anwohner durchzusetzen gedenke.

„Wir als CDU-Fraktion wenden uns gegen diese willkürliche Maßnahme der Parkplatzvernichtung. Sie ist bewußt in den Sommerferien noch rasch vor den Wahlen am 26. September vorgesehen. In Lankwitz würden künftig viele darunter leiden, schon heute ist die Parkplatzsituation dort angespannt. Eine solche Maßnahme müßte deshalb vorab mit allen Betroffenen besprochen werden“, so der Bezirksverordnete. Wichtig sei, daß alle Anwohner und Geschäftsleute, die diese Maßnahme ablehnten, nun aktiv würden, so Kronhagel, und der Senatorin die Ablehnung der geplanten Umbaumaßnahme schriftlich mitteilen.

on Steglitz-Zehlendorf könnten dadurch bis zu 70 Prozent der Parkplätze ersatzlos wegfallen. Eine Anhörung des Bezirkes habe nur formalen Charakter, befürchtet der Bezirksverordnete Jens Kronhagel. Die Beteiligung der Bürger sei offenbar nicht beabsichtigt.

Noch vor den Berliner Wahlen sollen nach Ansicht des CDU-Ver-

Jens Kronhagel leitet den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, Tiefbau, Landschaftsplanung und Bürgerbeteiligung. ☎ 0172 / 396 70 24, jens-kronhagel@t-online.de


Bezirksverordnete Dr. Marela Bone-Winkel

Kurzzeitparken an der Ringstraße erleichtern

Lichterfelde. An der Lichterfelder Ringstraße sollen nach Vorstellung der CDU-Fraktion mehr Plätze für kurzes Parken eingerichtet werden.

Zwischen der Kreuzung Finckensteinallee und der Bushaltestelle vor dem Grundstück Finckensteinallee 138 soll das Bezirksamt bis zu sieben Parkplätze für höchstens drei Stunden schaffen, heißt es in einem Antrag der Bezirksverordneten Marela Bone-Winkel. Aus Sicht der dortigen Gewerbe-

Sie erreichen Dr. Marela Bone-Winkel unter ☎ 0162 24 88 887 und marela@bone-winkel.de



treibenden wären laut Bone-Winkel von Montag bis Sonntag in der Zeit von 10 bis 20 Uhr fünf bis sieben Parkplätze auf Zeit sinnvoll. Dies gelte vor allem für die dortige Gastronomie gerade auch am Wochenende und an Feiertagen, so die Kommunalpolitikerin.

Wegen Bauarbeiten am Kanalnetz ist die Ringstraße noch bis März 2022 bis zur Matthäus-Kirche gesperrt, wodurch derzeit viele Parkplätze wegfallen. Daneben gebe im Zuge des Neubaus der Carstennstraße vor der Ringstraße 50 durch ein Halteverbot bereits sechs Parkplätze weniger. „Dies führt dazu, daß in der Ringstraße bis zur Finckensteinallee und auch auf der Finckensteinallee selbst der Parkplatzdruck zugenommen hat, auch durch die von der Baustelle ausgesperrten Autofahrer.“

Rettung an den Seen erleichtern

Schlachtensee. Die Einsatzbedingungen für Rettungsdienste am Schlachtensee und Krummer Lanke sollen nach Plänen der CDU-Fraktion verbessert werden. Wie es im Antrag der Bezirksverordneten Marela Bone-Winkel heißt, solle dies besonders durch Einrichtung gekennzeichnete Rettungswege an geeigneter Stelle, vor allem vor dem S-Bahnhof Schlachtensee, erfolgen sowie durch Verbesserung der Beleuchtung im Bereich der Wiese zwischen Bahnhof und dem Schlachtenseeufer. Dadurch sollten Rettungs-, Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen sowie ausdrücklich auch Maßnahmen des Jugendschutzes und andere soziale Aufgaben erleichtert oder überhaupt ermöglicht werden.

Mysteriöse Knochenfunde bei Freier Universität klären

Dahlem. Der Ursprung von 2014 und 2016 gefundenen Knochen auf dem Gelände der Freien Universität soll nach dem Willen der CDU-Fraktion vollständig aufgeklärt werden.

Wie es in einem Antrag der Bezirksverordneten Marela Bone-Winkel heißt, wird das Bezirksamt ersucht, sich bei den zuständigen Stellen Berlins für die umgehende Fortsetzung der Grabungen einzusetzen. Der Antrag fordert zudem eine umfassende Aufklärung und Veröffentlichung der Forschungsergebnisse der Knochenfragmente.

Auf dem Gelände der Freien Universität in der Harnackstraße wa-

ren seit 2014 menschliche Überreste aufgefunden worden. „Der würdevolle Umgang mit den menschlichen Überresten ist jederzeit sicherzustellen“, sagt die Kommunalpolitikerin. Die jüngsten Veröffentlichungen zu den Ausgrabungen an der FU Berlin legen nach Ansicht Bone-Winkels offen, daß die Aufarbeitung der seit 2014 bekannten Funde schleppend vorangeht und von Seiten der Universitätsleitung blockiert werde. Hierzu komme der bereits erfolgte unwürdige Umgang mit den menschlichen Überresten durch die Universität. „Die FU ist in der Pflicht, umgehend ein Konzept für den Umgang mit den Überresten der Opfer von möglichen Verbrechen vorzulegen“, so Bone-Winkel.

Sicherer über die Lindenthaler Allee kommen

Zehlendorf. Die Lindenthaler Allee soll zwischen Mexikoplatz und Potsdamer Chaussee leichter zu überqueren sein. Dazu hat sich laut einem Antrag der CDU-Bezirksverordneten Marela Bone-Winkel das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen dafür einzuset-

zen, daß es südlich des Mexikoplatzes mehr Zebrastreifen oder Fußgängerampeln gibt. Aus Sicht der Seniorenresidenz und des Kindergartens an der Allee sowie zahlreicher Eltern, deren Kinder die Johannes-Tews-Grundschule, das Werner-von-Siemens-Gymna-

sium oder die Dreilinden-Schule besuchen, seien weitere sichere Überwege der vierspurigen Straße dringend nötig, begründet Bone-Winkel ihren Antrag. Besonders die Verlängerung der Tempo-30-Zone oder die Einrichtung einer Fußgängerampel sollen geprüft werden.

Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns

Ein Platz für Estrongo Nachama

Dahlem. Das Dreieck vor dem Chemischen Institut der FU zwischen Altenstein-, Limonen und Schwendener Straße soll nach dem Willen der CDU-Fraktion den Namen „Estrongo Nachama“ erhalten.

Das sieht ein Antrag der Bezirksverordneten Sabine Lehmann-Brauns vor. Damit soll der im Jahre 1918 in Thessaloniki geborene langjährige Oberkantor der Jüdischen Gemeinde zu Berlin geehrt werden, der als Überlebender von Auschwitz und Sachsenhausen 1945 nach Berlin kam und bis zu seinem Tode im Jahre 2000 das kulturelle Leben der Stadt im Geiste der Versöhnung mitbestimmte.

Nachama hatte als einziger seiner sephardisch-jüdischen Familie

Sie erreichen Dr. Sabine Lehmann-Brauns per E-Mail an anwaltskanzlei@bln.de



Auschwitz und den Todesmarsch der Häftlinge überlebt. Er kehrte nach dem Inferno des Nationalsozialismus nicht nach Griechenland zurück, weil ihm in Berlin seine Frau Lilli begegnete, die im Untergrund überlebt hatte. Beide begannen, ein jüdisches Gemeindegemeinschaften in Berlin-West mit aufzubauen. Er wirkte in den Charlottenburger Synagogen Pestalozzistraße und Fasanenstraße und gestaltete die jüdischen Gottesdienste für die amerikanischen Streitkräfte im Chaplain Center im Hüttenweg,

der späteren Synagogengemeinde Sukkat Schalom. Nach der Teilung Berlins 1961 oblag ihm auch die Fürsorge für die Synagoge in der Rykestraße in Prenzlauer Berg, weil er mit seinem griechischen Pass ungehindert in den Ostsektor Berlins einreisen konnte.

Estrongo Nachama hat Meisterwerke der Synagogalmusik hinterlassen. Er erlangte durch seinen Einsatz um Versöhnung, seine menschliche Größe und seine wunderbare Stimme im liturgischen Gesang große Popularität und internationale Achtung weit über die Grenzen Berlins und des europäischen Kontinents hinaus. Der Estrongo-Nachama-Preis für Toleranz und Zivilcourage wird seit 2013 in seinem Gedenken von der Berliner Stiftung Meridian verliehen.



Estrongo Nachama überlebte den Holocaust. Nach dem Krieg war er maßgeblich daran beteiligt, in Berlin jüdisches Gemeindeleben aufzubauen. Ihn will die CDU-Fraktion ehren. Foto: A.Nachama

Bezirksverordneter Dr. Clemens Escher

Der Bezirk bekommt einen Hans-Söhnker-Platz

Steglitz/Lichterfelde/Zehlendorf. Drei Plätze im Berliner Südwesten sollen auf Vorschlag der CDU-Fraktion nach vorbildlichen Persönlichkeiten benannt werden.

Der baumbestandene Platz an der Einmündung der Neuchateller Straße wird nach einem Antrag des Bezirksverordneten Clemens Escher nach dem Schauspieler und „Gerechten unter den Völkern“ Hans Söhnker benannt werden. Der Dorfanger in Zehlendorf mit der Pauluskirche soll den Namen der ersten Bundesverfassungsrichterin Erna Scheffler erhalten. Zudem soll der Vorplatz des Klinikums Steglitz nach dem Kinderarzt Kurt Huldshinsky benannt werden.

Hans Söhnker, 1903 geborener Schauspieler und Filmstar der Ufa, hatte während der NS-Zeit immer wieder Juden verborgen. 2018, 37 Jahre nach seinem Tode, ehrte ihn die Jerusalemer Gedenkstätte „Yad Vashem“ dafür als „Gerechten unter den Völkern“, heißt es in Eschers Begründung.

Erna Scheffler, als Erna Friedenthal in Breslau geboren, erhielt 1933 Berufsverbot und wurde 1953 die erste Richterin am Bundesverfassungsgericht und setzte durch, daß der Grundgesetz-Artikel: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ Vorrang vor gegenteiligen Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch erhielt.

Der Kinderarzt und Medizinprofessor Kurt Huldshinsky, 1883 in



Hans Söhnker (rechts im Bild) im Stück „Zum goldenen Anker“ in einer Aufführung 1946 im Schlosspark Theater. Söhnker spielte an der Seite von Hans Leibelt (César) in der Rolle des Marius. Foto: Deutsche Fotothek/wikipedia.org

Haben Sie weitere Anregungen? Sie erreichen Dr. Clemens Escher per E-Mail an Clemens.Escher@cdu-bvv-sz.de



tran wurden gemacht. Huldshinsky behandelte seine kleinen Patienten erfolgreich mit dem Licht von Quecksilber-Quarzlampen („Höhensonne“). Als NS-Flüchtling emigrierte er 1934 nach Alexandria in Ägypten, wo er 1940 starb.

Anhand der Lebenswege der durch die Platzbenennungen zu Ehrenden soll nach Worten Eschers unter Anwohnern und in den Schulen der Umgebung eine Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, mit Antisemitismus und Rassismus, mit der Benachteiligung von Frauen und mit der Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland angeregt werden.

Gleiwitz geboren, entdeckte im Winter 1918/1919 die erste wirksame Behandlungsmöglichkeit von Rachitis durch Ultraviolettstrahlung. Damals litt etwa die Hälfte aller Kinder in Deutschland an Rachitis. Calciummangel als Ursache war bereits bekannt. Behandlungsversuche mit hochdosiertem Calcium oder mit Leber-

Bezirksverordneter Bernhard Lücke

Erholung für Kinder aus Israel im Bezirk

Steglitz-Zehlendorf. Das Bezirksamt soll junge Menschen aus der israelischen Partnerstadt Sderot, die besonders vom jüngsten Raketenterror betroffen waren, nach Steglitz-Zehlendorf einladen.

Nach einem Vorschlag der CDU-Fraktion soll das Amt zudem Erholungsmöglichkeiten für Jugendliche aus der anderen Partnerstadt Kiriath Bialik in Erholungseinrichtungen von Steglitz-Zehlendorf prüfen. Einen entspre-

chender Antrag des Bezirksverordneten Bernhard Lücke nahm die BVV auf ihrer Juni-Sitzung an.

„Unsere Partnerstadt Sderot ist nicht zum ersten Mal vom Raketenterror durch Terroristen aus

Sie wollen das auch? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir werden gemeinsam tätig. B.Luecke@cdusz.de



dem Gazastreifen betroffen“, heißt es in Lückes Begründung. Besonders Jugendliche litten unter der ständigen Angst, nicht innerhalb von 15 Sekunden in einen Schutzbunker zu gelangen. „Als Berliner Bezirk, den mit Sderot eine Städtepartnerschaft verbindet, ist es geradezu eine Pflicht“, so der CDU-Politiker, „kriegsgeschädigte Menschen – besonders Jugendliche – für eine Zeit aus dem Schußfeld zu nehmen und damit Solidarität mit Israel zu zeigen.“



Nach den Raketenangriffen auf israelische Städte kam es auch im Bezirk – wie hier am Sderot-Platz in Zehlendorf mit Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski – zu Solidaritätskundgebungen mit Israel. Foto: M.A. Schmidt

Bezirksverordnete Eva Holz

Radioaktiven Reaktorabfall in Zwischenlager bringen

Wannsee. Die Abfälle der ehemaligen Reaktoren des Helmholtz-Zentrums sollen nach Vorstellung der CDU-Fraktion in ein Zwischenlager verbracht werden.

Laut einem Antrag der Bezirksverordneten Eva Holz soll sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, daß neben dem radioaktiven Abfall des Berliner Experimentier-Reaktors BER II des Helmholtz-Zentrums auch die Reaktorreste des stillgelegten BER I in ein Zwischenlager unter Einhaltung der erforderlichen Standards der Atommüllentsorgung verbracht werden. Im Rahmen des Rückbaus des BER II werden laut Holz die Brennstäbe in Transport- und Lagerbehälter verladen und zur Lagerung im Brennelemente-Zwischenlager Ahaus vorbereitet. Der bereits 1971 stillgelegte BER wurde in radioaktiven Abfall verwandelt und in Obhut der Landessammelstelle an Ort und Stelle überführt. „Wir setzen uns dafür ein, daß

Sie erreichen Eva Rebekka Holz unter 0179 / 458 32 84 oder per E-Mail an eva.rebekka@gmx.de.



auch die radioaktiven Abfälle im BER I in das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus gebracht werden“, heißt es in Holz' Begründung.



Die Neutronenquelle im Helmholtz-Zentrum Wannsee ist versiegelt; der Abfall aber bleibt und muß entsorgt werden. Foto: M.A. Schmidt

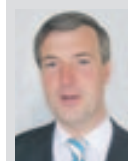
Bezirksverordneter Ralf Fröhlich


Gehsteige am Dahlemer Weg absenken

Zehlendorf. Auf der Westseite des Dahlemer Weges sollen zur Abzweigung Mörchinger Straße die Bürgersteige zugunsten von Rollstuhlfahrern wieder abgesenkt werden. Das fordert der CDU-Verordnete Ralf Fröhlich. Gleichzeitig sollen Bügel vor den Hausnummern 22 und 25 verhindern, daß dort Autos regelwidrig abgestellt werden. Foto: Ralf Fröhlich

IMPRESSUM

Herausgeber:
 CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
 Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
 Tel.: (030) 90 299-53 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt
Verlag: FUNKE Berlin Wochenblatt GmbH,
 Kurfürstendamm 22, 10719 Berlin,
 Tel.: (030) 887 277 100
Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau
Auflage: 131.500 Exemplare



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:
 ☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

**Online mehr über unsere Fraktion erfahren:
 Weitere Infos erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de**

Forschungsplattform von Helmholtz-Zentrum und Max-Planck-Gesellschaft beginnt Betrieb

Startschuß für eine neue Katalysator-Generation

Wannsee. Das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) haben in Berlin ihr neues gemeinsames Katalysezentrum CatLab in Betrieb genommen. Im Beisein des Innovationsbeauftragten „Grüner Wasserstoff“ des Bundesforschungsministeriums und CDU-Abgeordneten, Dr. Stefan Kaufmann, fand am Montag, 21. Juni, die feierliche Auftaktveranstaltung statt. Dabei waren hochrangige Akteure aus Wissenschaft, Politik und Industrie zugegen.

Damit der vielseitige Energieträger Wasserstoff, ein Schlüsselbaustein für eine erfolgreiche Energiewende, zum grünen Wasserstoff wird, muß er mit erneuerbaren Energien hergestellt werden. Für die Weiterverarbeitung von grünem Wasserstoff sind zudem nachhaltige Technologien vonnöten.

Dafür bündeln das HZB und die beiden Max-Planck-Institute, Fritz-Haber-Institut (FHI) und Institut für Chemische Energiekonversion (MPI CEC), ihre Kompetenzen und bauen gemeinsam mit universitären und industriellen Partnern das Katalysezentrum auf. CatLab soll eine Brücke zwischen Grundlagenforschung und Industrie schlagen und wird vom BMBF im Rahmen der Nationalen Wasser-



„Deutschland braucht Spitzenforschung bei Wasserstofftechnologien“, sagt Innovationsbeauftragter Stefan Kaufmann vom Bundesforschungsministerium. Foto: Foto_HZB/M. Setzpfand

stoffstrategie mit rund 58 Millionen Euro gefördert. Insgesamt umfaßt das fünfjährige Aufbauprojekt mehr als 100 Millionen Euro.

Stefan Kaufmann MdB, Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“, betont: „Wir brauchen Spitzenforschung, damit Deutschland

Nummer eins bei Wasserstofftechnologien wird. Mit dem Katalysezentrum CatLab bündeln die Helmholtz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft ihre Expertise und arbeiten von Anfang an mit der Industrie zusammen. Das sind ideale Voraussetzungen für Innovationssprünge bei Was-

serstofftechnologien. Mit Innovationssprüngen „Made in Germany“ können wir das Innovationsland Deutschland zum wettbewerbsstarken Vorreiter des klimaneutralen Wirtschaftens machen!“

Prof. Bernd Rech, wissenschaftlicher Geschäftsführer des HZB,

sagt: „Durch unsere Solarzellen-Forschung bringen wir als HZB viel Know-how beim Design von dünnen Schichten ein. Und BESSY II hat bereits wesentliche Erkenntnisse zum Verständnis von Katalysatoren beigetragen. Wir arbeiten seit vielen Jahrzehnten mit Katalysatorforschern aus aller Welt zusammen. Dies alles trägt dazu bei, dass wir mit der nun gestarteten Kooperation im CatLab eine kritische Masse erreichen. Mit der starken Einbindung der Humboldt-Universität und des Berliner Exzellenzclusters UniSysCat sowie der frühen Beteiligung von industriellen Partnern werden wir maßgeblich zur Gestaltung eines zukünftigen nachhaltigen Energiesystems beitragen.“

Die hierfür notwendigen Prozesse haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind mit herkömmlichen Katalysatoren nicht realisierbar, sondern benötigen eine neuartige Generation. Genau da liegt das Herzstück von CatLab, erklärt der Experte. Ziel des Katalysezentrums ist es, mit Dünnschichttechnologien und leicht verfügbaren chemischen Elementen nicht nur neuartige, maßgeschneiderte Katalysatoren zu entwickeln, sondern auch die notwendigen Katalyse-Apparaturen neu zu entwerfen. Dies soll zu bahnbrechenden Innovationen und in eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft führen.

Nächster Elternclub startet im Mai

150 Jahre Zehlendorfer Friedenseiche



Zehlendorf. Die stattliche Eiche vor dem Zehlendorfer Heimatmuseum hat 150. Geburtstag. Gepflanzt wurde sie nach dem deutsch-französischen Krieg 1871, der mit der Gründung des deutschen Kaiserreiches am 18. Januar und dem Friedensschluß am 2. September endete. Fotos: Kvikk, wikipedia.org/M.A.Schmidt



Kurz & knapp

Mehr Sportplätze im Bezirk schaffen

Steglitz-Zehlendorf. Das Bezirksamt soll nach dem Willen der CDU-Fraktion mehr öffentliche Sportanlagen ausweisen. Dazu seien geeignete Spiel- und Bolzplätze, wenn nötig, zu sanieren oder für die Nutzung als Sportanlage zu ertüchtigen sowie in einem Verzeichnis öffentlich zu kommunizieren, heißt es in einem Antrag des Bezirksverordneten Michael Mc Laughlin.

Das Ziel sei es, in enger Abstimmung mit dem Sport-, Grünflächen- und Jugendamt sowie dem Bezirkssportbund, dem Seniorenbeirat und dem Kinder- und Jugendbüro in Steglitz-Zehlendorf mehr öffentliche Flächen zu haben, auf denen Outdoor-Sportangebote, wie etwa Fitness-Parcours oder -geräte, Calisthenics-Anlagen oder Volleyball-Felder denkbar sind. Sie sollten generationsübergreifend von jedem genutzt werden können und in Partnerschaft von einem Sportverein betreut werden. Über die jeweiligen Prüfungslagen solle dem Sportausschuß berichtet werden.

Die Covid-19-Pandemie habe gezeigt, daß es für Outdoor-Sportanlagen im Bezirk einen steigenden Bedarf gibt, so Mc Laughlin. Die Discgolf-Anlage im Lichterfelder Bäke-Park, die in Kooperation mit TuS Lichterfelde gepflegt wird, sei dafür ein gutes Beispiel.

Neues Stück im Schlosspark Theater



Szene aus „Gottes Lebenslauf“ mit Dieter Hallervorden und Peter Bause – zu sehen ab 22. Juli im Schlosspark Theater. Foto: DERDEHMEL/Urbschat

Gottes Lebenslauf in 100 Minuten

Steglitz. Das Schlosspark Theater zeigt ab Donnerstag, 22. Juli, um 20 Uhr „Gottes Lebenslauf“ nach dem Buch von Jean-Louis Fournier, eine humoristische Zusammenfassung des Weltenlaufs in der Übersetzung Dieter Hallervordens.

Der Himmel war fertig, die Erde war fertig, die Tiere waren fertig und der Mensch war fertig. Gott hatte das Gefühl, auch er sei fix und fertig. Er verfiel in eine tiefe Melancholie. Vor ihm lag eine Wo-

che mit Tests und diversen Gesprächen. Über prachtvolle Sonnenuntergänge und zerstörerische Tsunamis, lebendigen Urwald und tote Wüste, Albert Einstein und Donald Trump, Mutter Teresa und Adolf Hitler. Zu allem, was die Menschheit bewegt, muß Gott in diesem satirisch-humorvollen Hürdenlauf mit Dieter Hallervorden und Peter Bause Rede und Antwort stehen.

Schlosspark Theater, Schloßstraße 48, kasse@schlossparktheater.de oder ☎ 789 56 67-100.